

Friedenszonen

Alternativ legitimiert Regieren auf Gemeindeebene

Beitrag für den Workshop:

"Legitimes Regieren jenseits des Nationalstaates"
am Institut für Politikwissenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-
Universität Greifswald, 11. Juli bis 12. Juli 2008

Einreichende:

Hannah Neumann
TU Ilmenau/FU Berlin
Sonnenallee 77
12045 Berlin

1 Einleitung

Politische Strukturen bedürfen einer normativen Verankerung in der Gesellschaft vgl. (Habermas 1976: 271). Diese Verbindung zwischen dem Individuum und den politischen Strukturen ist in Regionen, die von ethnopolitischen Konflikten und zerfallen(d)en Staaten gekennzeichnet sind, nicht vorhanden. Zum einen fehlt hier eine Instanz, die den Einbezug aller Bürger in die Regierungsstrukturen und –leistungen letztverantwortlich garantieren kann (vgl. Mayntz 2004: 72), zum anderen ist in so fragmentierten Gesellschaften meist umstritten, wer überhaupt dem Kreis der Regelungsadressaten angehört (vgl. Mayntz 2004: 66; Ladwig/Jugov/Schmelzle 2007: 4). Insbesondere die von den Konfliktparteien immer wieder betonte Unvereinbarkeit der politisch-ideologischen Grenzen des Staates mit der politisch-kulturellen Identität der Bürger stellt sich als zentrales Hemmnis der Herausbildung verbindlicher nationaler Strukturen dar. In solchen Staaten, in denen die letztverantwortliche Instanz politischer Regelung fehlt, muss daher auf alternative Formen der Legitimität zurückgegriffen werden. Solche alternativen Formen bedürfen allerdings der freiwilligen Mitwirkung ihrer Adressaten (vgl. Take 2007: 2) und müssen daher von ihnen in vollem Umfang akzeptiert werden. Um diese Akzeptanz zu erreichen sind eine Reihe von legitimatorischen Elementen notwendig, wie sie bereits im Rahmen des DFG-Projektes “Legitimes Regieren jenseits des Nationalstaates” konkretisiert und kategorisiert wurden (siehe u.a. Take 2007). Diese legen die Grundlage für die folgende Beschreibung eines zivilgesellschaftlichen Konzeptes alternativ legitimierten Regierens: der Friedenszone. Bei ihr handelt es sich nicht um eine international agierende Regelungsinstanz, die sich vornehmlich eines bestimmten Bestandteiles von Governance (bspw. Kinderarbeit, Menschenrechte, Umweltschutz etc.) verpflichtet fühlt, sondern um eine lokal begrenzte, rein zivilgesellschaftliche Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, umfassende Aspekte gesellschaftlicher und politischer Aufgaben jenseits nationalstaatlicher Strukturen zu erfüllen.

Die folgenden Ausführungen setzen sich insbesondere mit dem strukturellen Umfeld, indem sich diese Friedenszonen behaupten (Kontext) und der Art und Weise der internen und externen Legitimationsgeneration (Legitimität) ihrer Strukturen und Akteure auseinander. Theoretische Grundlage für die Darstellung legt das, dem Workshop zu Grunde liegende Format¹; methodisch basieren die Erläuterungen auf einer Fallstudie, die sich exemplarisch mit den Entwicklungen in einer Friedenszone auf den Philippinen seit Gründung auseinandersetzt. Die Studie kombiniert internationale und nationale (philippinischen) Literatur, publizierte und interne Berichte von NGOs und Tagungsberichte verschiedener

¹ Unterscheidung in Input-, Throughput- und Output- Legitimität und damit verbundene Unterpunkte, siehe Kapitel 3.

Initiativen mit Interviews mit fünf Experten aus der untersuchten Friedenszone und Beobachtungen der Autorin.²

2 Kontext

Die Friedenszone, die im Mittelpunkt der Fallstudie steht liegt in Mindanao, einer Insel im Süden der Philippinen. Insgesamt ist die Region Mindanao gekennzeichnet von einem bereits mehrere Jahrzehnte andauernden Konflikt zwischen muslimischen Rebellen, vornehmlich christlichen Regierungstruppen, indigenen Gruppierungen³, der nationalen kommunistischen Revolutionsbewegung und einer Vielzahl lokaler Warlords und krimineller/terroristischer Vereinigungen. Diese Auseinandersetzungen führten zu einem Zusammenbruch staatlicher Strukturen und Organisationen sowie zu fortwährender Vertreibung und einer Vielzahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung (vgl. u.a. Kreuzer 2003; World Bank 2004; Dictaan-Bangoa 2005). Die Historie des Konfliktes ist dabei gekennzeichnet von kurzen Perioden intensiver militärischer Auseinandersetzungen verbunden mit Vertreibungen der Zivilbevölkerung und kontinuierlich wiederkehrenden langatmigen Friedensverhandlungen ohne dauerhafte Ergebnisse. Damit gehört der Konflikt zu den „am längsten andauernden ‚low intensity conflicts‘ überhaupt“ (Kreuzer 2003: 3).



Abb. 1: geographische Lage Mindanaos

² Die folgenden Ausführungen beruhen, sofern nicht anders markiert, auf den Interviews mit den Experten und den Beobachtungen der Autorin.

³ Auf Grund der langen Historie wechselnder Besatzer hat sich in Mindanao neben den verschiedenen Religionen der Ureinwohnern zunächst der muslimische Glaube durchgesetzt. Während der spanischen und amerikanischen Kolonialzeit wurden missionierte Christen aus dem Norden des Landes zunehmend motiviert in den dünner besiedelten Süden, nach Mindanao umzusiedeln. Diese stellen dort nun sowohl die quantitative Mehrheit als auch sozio-ökonomisch privilegierte Gruppierung dar.

2.1 Das Konzept der Friedenszonen

Als Reaktion auf die scheinbare Ausweglosigkeit der Situation haben sich einzelne Gemeinden (bis heute etwa 90, Anzahl steigend) zu Friedenszonen⁴ erklärt, mit dem Ziel ihre lokalen Konflikte selbst (mit Unterstützung nichtstaatlicher Akteure) und mit Hilfe gewaltfreier Methoden zu bearbeiten (vgl. Garcia 2004: 41)⁵. Sie baten die lokalen Konfliktparteien den damit verbundenen Wunsch, Kampfhandlungen auf ihrem Gebiet einzustellen, zu akzeptieren. Wo diese Akzeptanz erreicht wurde, entstanden über die Jahre funktionierende Systeme der gesellschaftlichen und institutionellen Organisation, die sich zwar ansatzweise in übergeordnete nationale Strukturen (soweit vorhanden) eingliedern, dennoch aber alleine auf der Eigeninitiative der Zivilgesellschaft beruhen und durch die Einwohner der Friedenszone, in Kooperation mit lokalen und internationalen NGOs getragen werden. Dabei definieren diese Friedenszonen sich selbst als:

„geographical areas, ranging in size from the area covered by a purok or neighborhood block to a province, which community residents themselves declare to be **off-limits to war and any other form of armed hostility**. The area becomes a Peace Zone by the people's **unilateral declaration** that it is such. Recognition of the Zone by the armed parties is an objective to be won and not the basis for its existence. Peace Zones are maintained and reinforced by the community's sustained and creative expressions of **commitment to peacebuilding**, managed through community-based implementing structures.“ (Gaston Z. Ortigas Peace Institute 1995: 5; Santos 2005: 35; Lee 2006: 5, Hervorhebungen durch die Autorin)

Von der Bevölkerung werden sie wahrgenommen als Möglichkeit, frei von kriegesischer Aggression die Ursachen des Konfliktes zu beseitigen, lokale Entwicklung voranzutreiben und neue Methoden der Konfliktbearbeitung zu erproben und zu institutionalisieren und so dem abstrakten Konzept von Frieden eine konkrete Ausgestaltung zu (vgl. Gaston Z. Ortigas Peace Institute 1995: 2-3). Dabei verfolgen sie einen multi-sektoralen und multi-ethnischen, dialogisch motivierten Ansatz mit dem Ziel nicht nur ein Ende der Gewalt, sondern darüber hinaus positiven Frieden im Sinne Galtungs (1975) zu erreichen.

2.2 Die Friedenszone in Nalapaan/Pikit

Die Friedenszone in Nalapaan (einer kleinen Gemeinde innerhalb der Stadt Pikit) war mit ihrer Gründung im Jahr 2000 eine der ersten Friedenszonen in Mindanao und wurde im Folgenden häufig als Vorbild für die Gründung weiterer Friedenszonen herangezogen (vgl. Rood 2005: 26). Die ursprüngliche Friedenszone in der Gemeinde von Nalapaan umfasste etwa 350 Familien und wurde wenig später auf weitere Gemeinden der Stadt Pikits ausgedehnt. Seit ihrer Gründung kam es auf ihrem Gebiet zu keinen Kampfhandlungen mehr,

⁴ Weitere Friedenszonen, die konzeptionell denen auf den Philippinen ähnlich sind existier(t)en vereinzelt in Kolumbien, El Salvador und Bougainville. Auf den Philippinen ist dieses Konzept aber am weitesten verbreitet.

⁵ Weitere Informationen zu dem Konzept der Friedenszonen allgemein und den Friedenszonen auf den Philippinen im Speziellen sind zu finden in dem Sammelband „Zones of Peace“ (Hancock/Mitchell 2007).

wohingegen in der unmittelbaren Umgebung weiter teilweise schwere Kämpfe stattfanden (vgl. Catholic Relief Services 2003).

Die Friedenszone entstand aus einem, für die Entstehung solcher Zonen sehr typischen Umfeld: Seit dem Ausbruch des Krieges 1960 kam es immer wieder zu bewaffneten Kämpfen in Nalapaan. Durch den Konflikt zwischen der philippinischen Regierung und der muslimischen Rebellen bildeten sich weitere, lokal agierende Konfliktparteien, die Gewalt und religiöse Spannungen forcierten und zu einer Verschlechterung der Situation führten. Durch die fortdauernden Unruhen waren die Gemeindemitglieder immer wieder gezwungen ihre Unterkünfte und ihre Arbeit zu verlassen um sich in Evakuierungszentren in Sicherheit zu bringen (vgl. Catholic Relief Services 2003: 24). Insbesondere die Offensiven der Regierung gegen die muslimischen Rebellen 1997 und 2000 und weitere Kämpfe in den Jahren 2001 und 2003 (nicht in Nalapaan, sehr wohl aber in den anderen Gemeinden von Pikit) zwangen die Bürger teilweise monatelang und unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern zu leben. Die Kämpfe führten nicht nur zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Bürgern, sondern auch zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlage. Ackerland, landwirtschaftliche Geräte und sämtliche Infrastruktur wurden durch die Offensiven zerstört (vgl. Catholic Relief Services 2003: 24; Layson 2003: 1). Aber auch die Psyche der Menschen litt unter dem Krieg. So zeigte beispielsweise eine 2002 in Pikit durchgeführte Studie, dass fast alle Kinder als Folge der Evakuierungen Traumasymptome aufweisen⁶ (vgl. Margallo 2005: 6).

2.3 Aktivitäten in Nalapaan/Pikit (chronologisch)

Als Folge dieser Auseinandersetzungen entschied sich die Gemeinde in Nalapaan, der zu dieser Zeit 350 Familien angehörten, einen „Raum des Friedens“ (Space for Peace, SFP) zu gründen (vgl. DuFort 2004: 2). Während der Gründungsvorbereitung wurden die Bewohner im Rahmen von *Consultations* nach ihren Problemen und Wunschvorstellungen für ein Leben nach dem Krieg befragt. Gleichzeitig wurden die Konfliktparteien in *Verhandlungen* zu einer öffentlichen Anerkennung der Friedenszone als gewaltfreiem Raum bewogen. Die *Declaration Workshops* dienten anschließend dazu, ein Manifest der Friedenszone als gemeinsame Grundlage für das Zusammenleben der Menschen zu entwerfen. Die Gründung der Friedenszone vollzog sich durch die feierliche Verkündung des Manifests (*Declaration*) als symbolischem Akt, bei dem die Konfliktparteien öffentlich ihre Zustimmung und Unterstützung bekundeten und den Bewohnern somit versicherten, die Friedenszone und ihre Bestimmungen zu achten. Weitere wichtige Aktivitäten, die in der bestehenden Friedenszone

⁶ Von den 1200 Kindern, die an der Studie teilnahmen, wiesen 94% Traumasymptome auf, 12% davon galten als schwer traumatisiert, 2,8% stellten sich als Überlebende von Folter heraus. Interview mit Dr. June Lopez, Projektleiter des Projektes Balik Kalipay 2003, zitiert nach Margallo 2005: 6.

kontinuierlich und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt stattfinden sind das *Leadership Training*, während dessen der lokalen Führung demokratisches Grundverständnis und administrative Kenntnisse vermittelt werden, das *Culture of Peace Seminar*, welches den Bewohnern ein Verständnis der Konflikthintergründe und erste Schritte zur Versöhnung vermittelt sowie der *Interreligiöse Dialog*, der durch Workshops mit lokalen Religionsführern Vorurteile bekämpft und interreligiöse Gemeinsamkeiten unterstreicht. Im Rahmen der Festigung der Friedenszone wurden alternative Konfliktlösungsmechanismen implementiert (*Restorative Justice*), es wird die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen überwacht (*Waffenstillstandsüberwachung*) und es werden Kontakte zu anderen Friedenszonen, GOs und NGOs geknüpft (*Networking*). Hinzu kommt die kontinuierlich fortdauernde Umsetzung *materieller Projekte*, die vor allem während der Etablierung der Friedenszone von dialogische Komponente begleitet wurde um der Entstehung neuer Konfliktherde vorzubeugen.

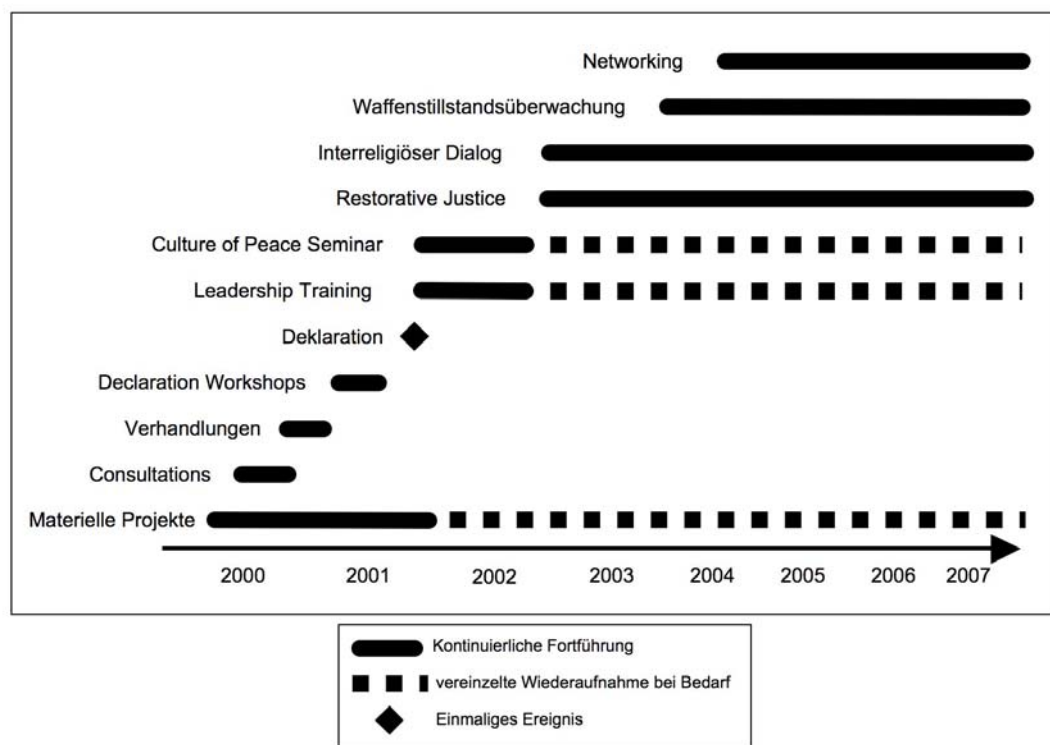


Abb. 2: Aktivitäten in Nalapaan im Zeitverlauf

2.4 Rahmenbedingungen

Grundsätzlich handelt es sich bei der Friedenszone also um ein Arrangement, das zwar lokal stark begrenzt ist, sich aber auf alle Ebenen des Zusammenlebens (privat, gesellschaftlich und institutionell) und auf Grund der territorialen Einschränkung auch auf alle potentiellen Regelungsadressaten ausdehnt. Die Begrenzung auf eine Gemeinde als eine Friedenszone (wobei Kooperationen und Zusammenschlüsse mehrerer Zonen möglich sind) definiert den Kreis der Regelungsadressaten erst einmal ähnlich pauschal, wie dies ein Nationalstaat tut. Dieser Proklamation voran gehen allerdings eine Vielzahl von Aktivitäten, die bereits eine gewisse gemeinsame Identität der zukünftigen Mitglieder der Friedenszone entstehen lassen und somit nicht nur eine faktische, sondern auch eine emotionale Zugehörigkeit erzeugen. Diese baut auf dem von Allen erfahrenen Leid während des Krieges und dem daraus resultierenden kollektiven Wunsch nach Sicherheit und Nachhaltigkeit auf. Um dies zu erreichen, so der Ansatz der Friedenszone, gilt es nicht nur die materiellen Folgen des Krieges zu beseitigen, sondern eben auch die psycho-sozialen Folgen (Traumata, Vorurteile, Rachegeüste, Hass etc.) aufzuarbeiten und konstruktiv eine Verbesserung der Strukturen zu verfolgen. Dies gelingt aber nur auf der Basis einer humanitären Erstversorgung um die Rückkehr aus den Evakuierungszentren zu ermöglichen und der Zusicherung eines zumindest temporären Waffenstillstandes durch die externen Konfliktparteien.

Sind diese Vorbedingungen erfüllt, konzentriert sich die Friedenszone stark auf die individuelle Dimension ethnopolitischer Konflikte, die im Rahmen nationaler Friedensverhandlungen meist ausgeblendet wird. Es geht ihr darum zwischen den verfeindeten Ethnien Kooperationen aufzubauen und so geregeltes Gemeindeleben und die Entstehung repräsentativer Entscheidungsstrukturen wieder zu ermöglichen. Die Friedenszone positioniert sich so in der Wahrnehmung der Bevölkerung als einzige nachhaltige Alternative zu Krieg und Vertreibung in einer Region mit scheinbar unlösbaren Konflikten und immer wieder aufflammenden Kampfhandlungen. Dabei versucht sie explizit zwischen den Konfliktparteien auf nationaler Ebene existierende Machtasymmetrien dadurch abzumildern, dass sie lediglich lokale Akteure, die weitestgehend über ähnliche Ressourcen verfügen, einbindet. Dies geschieht auf der Basis eines konsensorientierten Ansatzes, der zwar verbindlich die Einhaltung von Gewaltfreiheit und Menschenrechten einfordert, ansonsten aber Raum lässt für die selbstständige Entwicklung eines integrativen Konzeptes der Gemeindeorganisation. Dabei ist die Friedenszone dennoch nicht ganz frei von den „Schatten der Hierarchie“. Sie ist in ihrem Fortbestand angewiesen auf den guten Willen der Konfliktparteien (von denen eine die Regierung darstellt) und muss sich in die existierenden politischen Strukturen, Institutionen und Abläufe auf regionaler und nationaler Ebene zu einem gewissen Maße integrieren.

3 Legitimität

Die Friedenszone erreicht ihr hohes Maß an Legitimität insbesondere dadurch, dass ihre Regelungsinstanzen direkt von den Menschen entwickelt werden, für die sie Geltung entfalten (sollen). Das primäre Ziel dieser Regelungsinstanzen ist es, Kommunikation in solchen Situationen zu ermöglichen, wo vorher ein Abbruch von Kommunikation stand, verbunden mit einem Rückgriff auf Waffengewalt zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Dabei profitiert die Friedenszone davon, dass durch die lokale Begrenzung ein direkter Bezug zwischen den Regelungsinstanzen, den Regelungsadressaten und der Umsetzung bzw. Gültigkeit einzelner Aspekte besteht. Sind Entscheidungsträger persönlich bekannt (als Nachbarn oder Familienmitglieder), so fallen Entscheidungen nicht nur auf sie als Akteur sondern auch auf sie als Person zurück. Werden die Folgen von Entscheidungen oder Regelungen unmittelbar im eigenen Leben wahrgenommen, so entsteht eine enge Verbindung zwischen dem Individuum und den Regelungsinstanzen. Sind die Kommunikationswege kurz und die Adressaten klar, so fällt es leichter Kritik oder Lob zu äußern. Dies sind die Grundlagen für Erreichung von Legitimität in lokaler Sphäre.

3.1 Input Legitimation

Übereinstimmung der Zielsetzung mit universellen Prinzipien:

- Frieden (Ablehnung von Gewalt und soziale Gerechtigkeit)
- Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte

Der Friedenszone liegt als universelles Prinzip Frieden bzw. friedliches Zusammenlebens und damit verbunden die Ablehnung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung sowie die Anerkennung und aktive Beachtung der Menschenrechte zu Grunde (vgl. Layson 2003: 2). Darauf können sich die Angehörigen aller ethnischen Gruppierungen einigen und selbst die Konfliktparteien und deren Eliten betonen immer wieder, dass sie letztendlich eine friedliche Lösung des Konfliktes wollen, lediglich hinsichtlich der Art und Weise und der Bedingungen, unter denen diese zu erreichen ist, unterscheiden sich ihre Vorstellungen.

Diese gemeinsame Zielsetzung wird bereits in den Consultations und den Declaration Workshops erarbeitet und später im Manifest festgehalten und konkretisiert (keine Ausgrenzungen, kein Tragen von Waffen, keine Androhung von Waffengewalt, Achtung der Menschenrechte etc.). Sie liefert den übergeordneten Rahmen für alle folgenden Aktivitäten der Friedenszone und dient im Konfliktfall immer wieder als Möglichkeit der Rückbesinnung auf die vereinenden Aspekte. Auf der Basis dieser universellen Grundprinzipien des Zusammenlebens werden dann einzelne Methoden und Institutionen entwickelt, die ihre Erreichung und Einhaltung ermöglichen sollen.

Repräsentativität von Regelungsarrangements

- Intern: Beteiligung Aller, alternativ multi-sektorale und multi-ethnische Gremien
- Extern: Einbindung aller Stakeholder

Um tatsächlich Repräsentativität zu gewährleisten müssen solche Regelungsarrangements repräsentativ sein, also im Besten Falle die Annahme rechtfertigen, dass die grundlegenden politischen Entscheidungen mit der Übereinstimmung aller Betroffenen zusammenfallen würden, wenn sie uneingeschränkt an der Willensbildung teilnehmen könnten. Die geschieht bezüglich interner Regelungsarrangements dadurch, dass an grundlegenden Entscheidungen (Gründungsvereinbarung, bestimmte materielle Projekt u.ä.) tatsächlich alle Mitglieder der Friedenszone beteiligt sind, weitere Entscheidungen nur unter Einbindung entsprechender Gremien, die multi-sektoral (Frauen, Jugend, Bauern, Wirtschaft, religiöse Führer, lokale Würdenträger) und multi-ethnisch besetzt sind, getroffen werden (vgl. Layson 2003; 2005b). Auf diese Art und Weise versuchen die Gremien der Friedenszone weitestgehend demokratisch zu agieren und die patriarchalischen Strukturen in der politischen Dimension zurückzudrängen, dennoch aber die Prominenz religiöser oder anderer Würdenträger (Elders) für sich zu nutzen und somit tatsächlich alle für die Umsetzung relevanten Stakeholder in den Prozess zu integrieren.

Externe Regelungsarrangements sind ob der starken Fixierung der Friedenszone auf interne Abläufe nur selten von Nöten. Lediglich während der Verhandlungen und der Deklaration und später während der Überwachung des Waffenstillstandes und des Networking interagiert die Friedenszone mit externen Akteuren (vgl. Mindanao Peacebuilding Institute 2006). Hier wird stets ein dialogischer Ansatz gewählt in den alle möglichen Stakeholder (Konfliktparteien, Wirtschaftsvertreter, Regierungsvertreter, Medien, Akademiker etc.) integriert werden. Da die Friedenszone von deren gutem Willen abhängig ist, ist dieses diplomatische und konsensorientierte Vorgehen zwingend notwendig. Darüber hinaus besteht eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Zustimmung der verschiedenen Stakeholder. So kann die eine Konfliktpartei der Achtung der Friedenszone nur dann zustimmen, wenn sie davon ausgehen kann, dass dies die andere Konfliktpartei ebenso tut. Berichten die Medien ausführlich über das Verhalten der Konfliktparteien, so sehen sich diese zunehmend gezwungen kooperativ vorzugehen. Daher ist die gemeinsame feierliche Deklaration, bei der alle relevanten externen Stakeholder ihre Zustimmung zur Gründung der Friedenszone geben mehr als nur ein symbolischer Akt sondern dient gleichzeitig als Absicherung für die Bewohner der Friedenszone, dass ihr Bemühungen Nachhaltigkeit entwickeln können (vgl. Layson 2005a: 8). Ansonsten sind die Bestrebungen der Friedenszone aber hauptsächlich auf die Erreichung eines hohen Maßes an Legitimität bezüglich der Entscheidungen nach innen gerichtet und es findet eine weitgehende Abkopplung von nationalen Prozessen statt.

Grad der politischen Gleichheit

- Intern: Ressourcengleichheit (machtpolitisch und ökonomisch) weitestgehend gegeben, Informationsasymmetrie aktiv bekämpft
- Extern: Kooperationen und Vernetzungen um Asymmetrie zwischen Zivilgesellschaft und bewaffneten Kräften zu verringern.

Auch bezüglich der politischen Gleichheit der einzelnen Akteure erleichtert die Konzentration auf das begrenzte Gebiet der Friedenszone und der Überschaubarkeit der internen Akteure die Generierung von Legitimität. Dadurch, dass weitestgehend alle Akteure mit starken machtpolitischen Positionen oder umfangreichen materiellen Ressourcen „ausgesperrt“ werden, lässt sich eine weitestgehende Macht- und Ressourcensymmetrie erreichen. Zu Beginn der Friedenszone leben alle im Evakuierungszentrum und bereits während der Umsetzung der materiellen Projekte wird stark darauf geachtet, dass diese nicht zu Ungleichgewicht und damit verbunden neuen Konflikten führen (vgl. Layson 2003; 2005b).

Die bewusste Integration aller Sektoren und ethnischer Gruppierungen in die Aktivitäten sorgt weiter dafür, dass auch Mitglieder der Friedenszone, die bisher weniger stark in Entscheidungsprozessen eingebunden waren (Frauen, Indigene), aktiv zur Teilnahme animiert werden (vgl. Catholic Relief Services 2005: 23). Darüber hinaus führt die kontinuierliche Entwicklung von Richtlinien zur politischen Entscheidungsfindung und Umsetzung, dazu, dass diese unabhängig von initiiierenden oder durchführenden Akteure unter den gleichen Prämissen getroffen, durchgesetzt und bewertet werden. Durch den integrativen Rahmen und der zunehmenden Verantwortlichkeit, die einzelne Akteure für den Erfolg der Friedenszone übernehmen, wird diesen Richtlinien auch weitestgehend Folge geleistet.

So besteht das gravierendste Problem in der Informationsasymmetrie, einerseits zwischen den externen Konfliktparteien und den Mitgliedern der Friedenszone, andererseits aber zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb der Friedenszone (vgl. Confesor 2005: 23). Dieser wird versucht durch interpersonale Netzwerke zu begegnen. Einzelne Mitglieder der Friedenszone stehen über Mobiltelefone in Kontakt mit den lokalen Armee- und Rebellenführern, andere verfügen wiederum über enge Kontakte zur Regierung oder zu anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Darüber lassen sich im Krisenfall relativ verlässliche Informationen über die Lage einholen. Medien spielen hier eine untergeordnete Rolle, zum Einen weil die nationalen Medien selten aktuell und ausgewogen berichten, zum anderen weil lokale Medien kaum existieren. So haben sich innerhalb der Friedenszone ein Vielzahl von Strukturen der „Mund-zu-Mund“ Weitergabe entwickelt, die sicherstellen, dass innerhalb der Friedenszone wichtige Informationen binnen weniger Stunden alle erreichen. Hierzu gehören unter anderem öffentliche Verkündungen auf viel besuchten Plätzen, die Weitergabe von Informationen im Rahmen religiöser Veranstaltungen (Gebet, Gottesdienst) durch den Pfarrer oder den Imam oder die unmittelbare Weitergabe der Informationen

zwischen Nachbarn. Im Falle akuter Gefahr für die Friedenszone oder anderer höchst relevanter Informationen besteht weiter die Möglichkeit innerhalb weniger Stunden eine Gemeindevollversammlung einzuberufen, in der dann relevante Entscheidungen getroffen werden können. Dabei ist es zweifelsohne von Vorteil, dass sich die meisten Mitglieder der Friedenszone auch auf dem Gebiet der Friedenszone aufhalten.

Besteht also innerhalb der Friedenszone eine weitestgehende Symmetrie zwischen den Akteuren, so ist das Verhältnis zwischen der Friedenszone und externen Akteuren durchaus stark asymmetrisch geprägt. Rein formal verfügt die Friedenszone über keinerlei politische Macht, besitzt kaum finanzielle oder materielle Ressourcen, lehnt den Einsatz von Waffen zur Verteidigung entscheiden ab und hat auch keinerlei Einfluss auf regionale oder nationale politische Entscheidungen. Dieser wohl bekannten Asymmetrie zwischen Zivilgesellschaft und bewaffneten Konfliktparteien versucht die Friedenszone durch Vernetzung und Aufmerksamkeitsgenerierung zu begegnen (Mindanao Peacebuilding Institute 2006). Zum Einen entstanden so eine Reihe von Friedensnetzwerken, die nun zunehmend auch Einfluss auf die nationalen Friedensgespräche nehmen, zum Anderen erhöht die verstärkte, auch internationale Aufmerksamkeit den Druck auf die Konfliktparteien, die Friedenszonen zu achten (vgl. Hancock/Mitchell 2007: 22). Trotz dieser Erfolge handelt es sich bei den Friedenszonen insgesamt doch um relativ fragile Einheiten, die nach wie vor auf den guten Willen der Konfliktparteien angewiesen sind.

Konsensorientierung der Verhandlungen

- Intern und extern stark konsensorientiert, da alternative Methoden der Interessendurchsetzung (Sanktionen, Gratifikationen, Gewalt) insbesondere gegenüber den externen Konfliktparteien nicht durchsetzbar sind und dem Primat der Gewaltfreiheit widerstreben.
- Beteiligung aller, Fokusgruppengespräche oder repräsentative Gremien.

Die Konsensorientierung, nicht nur von Verhandlungen stellt das zentrale Element der Friedenszone dar. Auf Grund der absoluten Ablehnung von Gewalt liegt ihr ein stark dialogischer Ansatz zu Grunde. Im Falle eines Dissens wird versucht diesen über Kompromiss zu lösen, wo ein solcher nicht möglich ist, wird zumindest versucht eine konsensuelle Einigung darüber zu erlangen, wie mit dem Dissens umzugehen ist. Auch hier profitiert die Friedenszone wieder stark von der Überschaubarkeit der Akteure. Auch die Methode der Restorative Justice⁷ zur Rechtssprechung basiert auf dem Konsensansatz und

⁷ Definition: "Restorative justice is a broad term which encompasses a growing social movement to institutionalize peaceful approaches to harm, problem-solving and violations of legal and human rights. (...) Rather than privileging the law, professionals and the state, restorative resolutions engage those who are harmed, wrongdoers and their affected communities in search of solutions that promote repair, reconciliation and the rebuilding of relationships. Restorative justice seeks to build partnerships to reestablish mutual responsibility for constructive responses to wrongdoing within our communities. Restorative approaches seek a balanced approach to the needs of the victim, wrongdoer and community through processes that preserve the safety and dignity of all." Suffolk University, College of Arts & Sciences, Center for Restorative Justice; http://www.suffolk.edu/cas/crj/r_justice.html (02.10.2006).

betont stark den Aspekt der anschließenden Versöhnung zwischen den Konfliktparteien (vgl. Layson 2004). Dennoch gibt es natürlich auch in der Friedenszone einige Aspekte, bei denen eine konsensuelle Einigung weder auf direkter, noch auf der Metaebene möglich scheint und der Rückgriff auf Sanktionen oder Gewalt droht. In solchen Fällen wird dann versucht über eine gemeinsame Rückbesinnung auf die übergeordneten universellen Prinzipien (Gewaltfreiheit, Achtung der Menschenrechte) und dem Aufzeigen der Alternativen, wenn keine einvernehmliche Lösung erreicht wird, dennoch zumindest einen Kompromiss ausgehandelt, mit dem sich die Parteien einverstanden erklären können. Dabei profitiert die Friedenszone stark von der kollektivistischen Kultur auf den Philippinen, denn wo das Wohl der Gemeinschaft über dem individuellen Wohl steht, entfalten solche Prinzipien eine weit größere Gültigkeit als in individualistischen Gesellschaften. Dieses Vorgehen ist äußerst zeitintensiv und droht gelegentlich auch zu Scheitern, aber der Druck, der auf die Konfliktparteien seitens der anderen Mitglieder der Friedenszone (meist ja Familie oder Freunde) ausgeübt wird hat bisher doch immer dazu geführt, dass eine Einigung erreicht werden konnte.

Expertise und Ressourcen der beteiligten Akteure

- Expertise zu Beginn nicht vorhanden, langsamer Aufbau eigener Experten (Training, Monitoring, Austausch)
- Ressourcen intern nicht vorhanden, angewiesen auf externe Unterstützung

Die Expertise und die Ressourcen der beteiligten Akteure stellen eine der entscheidenden Herausforderungen an die Friedenszone dar. Sie selbst verfügt nur sehr begrenzt über notwendige Expertise (sei es bezüglich politischer Prozesse, Methoden der Konfliktbearbeitung oder psychischer Aufarbeitung) und Ressourcen (sei es personelle oder logistische Ressourcen, Finanzmittel oder Baumaterialien) und ist somit umfassend auf externe Hilfe angewiesen. Diese Abhängigkeit von externen Partnern birgt allerdings die Gefahr der Abhängigkeit. Grundsätzlich stehen der Friedenszone die gleichen finanziellen Mittel seitens der Regierung zu, wie jeder anderen Gemeinde Mindanaos auch. Weitere Unterstützung durch die Regierung (die ja auch eine Konfliktpartei darstellt) muss die Friedenszone allerdings ablehnen, weil sie sonst Gefahr läuft von den anderen Parteien als „gekauft“ und somit parteiisch abgelehnt zu werden. Hinzu kommt das Problem, dass die Friedenszone zwar alle politischen Institutionen auf ihrem Gebiet ersetzen kann, ihr aber nicht das Recht zusteht Steuern einzutreiben und sich so angemessen zu finanzieren. Da die staatlichen Mittel aber sehr begrenzt sind und sich lediglich auf materiellen Wiederaufbau konzentrieren, müssen andere Organisationen diese Lücke füllen. Dies geschah im Falle von Nalapaan (und vielen anderen Friedenszonen) durch nationale und internationale NGOs. Diese leisteten zu Beginn Hilfe beim Wiederaufbau der Gemeinde, später auch logistische, organisatorische und methodische Unterstützung bei der Durchführung einzelner Aktivitäten.

Dabei wurde in Nalapaan stark darauf geachtet, dass diese externen Organisationen lediglich eine beratende, keine agierende Rolle einnehmen. Die Gemeinde selbst bestimmte, welche Projekte sie benötigte und welche Aktivitäten sie durchführen wollte. Danach hatten sich die NGOs weitestgehend zu richten. Dies war auch möglich, weil eine Vielzahl von NGOs willens war die Friedenszone zu unterstützen und die Gemeinde es sich so teilweise tatsächlich leisten konnte wählerisch zu sein.

Insgesamt sind die Aktivitäten der Friedenszone nun friedenszonenübergreifend wissenschaftlich durch das Grassroots Peacebuilding Learning Center eingebettet. Dort finden auch Schulungen für die Mitarbeiter einzelner Friedenszonen statt mit dem Ziel, eine weitestgehende Unabhängigkeit der Friedenszonen von externer Unterstützung zu erreichen, sind die grundlegenden materiellen Bedürfnisse einmal befriedigt. So führt die Gemeinde in Nalapaan alle kontinuierlich laufenden Veranstaltungen in Eigenregie durch und bildet in *trainers trainings* eigene Experten aus. Auch das kontinuierliche und selber durchgeführte Monitoring der Projekte trägt zu einem weiteren Wissensgewinn innerhalb der Gemeinde und damit zu einer effektiveren Projektdurchführung bei. Bezüglich der materiellen Unterstützung bleibt die Friedenszone aber weiter auf externe Hilfe angewiesen, da sie nur in sehr beschränktem Maße eigene Finanzmittel akquirieren kann. Der daraus resultierenden Gefahr der Abhängigkeit kann nur versucht werden durch eine möglichst breite Basis an Unterstützern zu begegnen.

3.2 Throughput Legitimation

Transparenz des Entscheidungsprozesses:

- Festgelegte und überprüfbare Richtlinien für das Verhalten von Entscheidungsträgern und die Durchführung von Projekten
- Überschaubarkeit und unmittelbare Gültigkeit einzelner Entscheidungen erhöhen Transparenz

Auch für die Transparenz der Entscheidungsprozesse ist die Überschaubarkeit der Friedenszone und der direkte Kontakt, der zwischen ihren Mitgliedern besteht eine wichtige Grundlage. Hinzu kommt die bereits angesprochene Etablierung verbindlicher Regularien der Entscheidungsfindung und –durchsetzung die von allen Regelungsadressaten überprüft werden und auf deren Einhaltung bestanden werden kann. Bei materiellen Projekten beginnt der Zyklus einer Projektdurchführung im Regelfall mit der Anfrage einer NGO beim Barangay Captain (Bürgermeister), welche Hilfe benötigt wird (Projektanfrage). Anschließend wird das Projekt auf Durchführbarkeit überprüft, die konkrete Umsetzung geplant (Social Preparedness) und die Gemeinde in vorbereitenden Treffen auf die Art und Weise der Durchführung (Ablauf, materielle und personelle Unterstützung, Umfang der Eigeninitiative etc.) vorbereitet (Project Orientation). Während des Projektes werden kontinuierlich Erfolg und Fortschritt

von einem Monitoring Team überwacht. Dies setzt sich zusammen aus den Barangay Captains, die das Monitoring in Kooperation mit der jeweiligen NGO durchführen, unterstützt von den Sectoral Leaders (Sektoren: Frauen, Jugendliche, Arbeiter, Bauern etc.), die in ihren Nachbarschaftsräten gewählt werden. Die Mitglieder dieser Teams werden auf ihre Aufgabe hin vorbereitet und arbeiten nach festgelegten Richtlinien und Evaluierungskriterien. Nach Projektabschluss erfolgt eine Evaluation des Projektes, die auf den Ergebnissen des Monitoring beruht. Für politische Entscheidungsprozesse gibt es ähnlich festgelegte Ablaufschemata. Um die Entscheidungsfindung transparenter zu gestalten wurden drei Fälle mit unterschiedlichen Entscheidungsbeteiligungen definiert: Im Notfall darf bzw. muss der Barangay Captain alleine entscheiden. Darüber hinaus wurde ihm durch das Barangay Council zugesprochen, eine schnell zu fällende Fundingentscheidung alleine treffen zu dürfen (*Emergency Decision*). Wenn eine solche Entscheidung allerdings Raum für Vorlauf und Planung lässt, dann müssen alle Bewohner der Gemeinde daran teilhaben können (*Multisectoral Decision*). Andere Entscheidungen, vor allem solche hauptsächlich verwaltungspolitischen Inhaltes werden im Gemeinderat ausdiskutiert und entschieden (*Barangay Council Decision*).

Darüber hinaus ist der unmittelbare Einfluss, den die meisten Entscheidungen auf das Leben der Bürger haben ein weiterer Garant dafür, dass Entscheidungen von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden und dass ihnen gegebenenfalls widersprochen wird. Dabei wird aktiv versucht die einzelnen Prozesse auch an die Bevölkerung zu vermitteln. Dies gelingt allerdings nur in begrenztem Maße, da häufig wenig Interesse an politischen Prozessen insgesamt besteht und auf Grund des geringen Bildungshintergrundes der meisten Bewohner diese Verantwortung gerne an solche Personen abgegeben wird, die in ihren Augen kompetenter erscheinen. Das Potential für einen äußerst transparenten und gleichberechtigten Entscheidungsprozess ist also vorhanden, auch wenn es wenig genutzt und eingefordert wird.

Überwachungsverfahren (und Sanktionsmechanismen)

- Intern: Projektmonitoring (Einstellen der Zusammenarbeit, keine weitere finanzielle Unterstützung), Richtlinien für Entscheidungsprozesse (Abwahl der Vertreter), lokale Gerichte (Ahndung des Verstoßes und Kompensation des Schadens).
- Extern: Waffenstillstandsüberwachung (Ansehensverlust, Meldung an übergeordnete Instanzen)

Um den Erfolg der Friedenszone und einzelner Projekte zu sichern, haben sich sowohl intern als auch extern ausgerichtete Überwachungsverfahren herausgebildet. Intern sind diese am deutlichsten bei der Umsetzung materieller Projekte ausgeprägt. Hier findet ein kontinuierliches Monitoring mit anschließender Evaluation durch die finanzierende(n) NGO(s) in Kooperation mit dafür geschulten und gewählten Gemeindevertretern statt. Dies

dient einerseits dazu den Geldgebern gegenüber den Einsatz der Finanzhilfen zu rechtfertigen, andererseits aber auch dazu aus den einzelnen Projekten zu lernen und zukünftige Projekte effizienter durchzuführen. Allerdings ist die Objektivität solcher Gremien fraglich. Sowohl die durchführende NGO als auch die Gemeinde selbst haben ein Interesse daran, dass die Projekte möglichst erfolgreich erscheinen. Die Gemeinde, um als verlässlicher Partner erneut Gelder zu bekommen, die NGO um gegenüber ihren Geldgebern (Spendern) zu beweisen, dass ihre Ansätze und ihre Methoden die richtigen sind und sie weitere Spenden verdienen. Die einzig mögliche Sanktion, die sich aus einer nicht angebrachten Verwendung von Finanzhilfen ergeben würde, wäre demnach auch das Einstellen der Kooperation und damit die Nicht-Durchführung weiterer Projekte.

Die politischen Entscheidungsprozesse werden hingegen nicht direkt durch Gremien überwacht. Das steigende Interesse an diesen Prozessen in den Gemeinden sorgt aber dafür, dass zumindest einige Mitglieder auf die Einhaltung der Richtlinien achten. Darüber hinaus müssen sich die Entscheidungsträger in regelmäßigen Wahlen dem Votum der Bürger stellen, die so direkt Einfluss auf den Prozess nehmen und die Vertreter durch Abwahl sanktionieren können. Im Falle konkreter Regelverstöße einzelner Mitglieder der Friedenszone nimmt ein internes Gremium, das nach dem Konzept der Restorative Justice agiert, die Rolle eines Gerichtes ein, ahndet die Verstöße und beschließt angebrachte Sanktionen und Ersatzleistungen um den entstandenen Schaden zu kompensieren. Externe und unabhängige Instanzen, die die Effektivität und Einhaltung der Überwachungsmechanismen überprüfen gibt es nicht.

Verstöße gegen den Waffenstillstand und somit gegen das Manifest der Friedenszone durch externe Akteure werden durch die Waffenstillstandswacht verfolgt und aufgeklärt. Hierzu wurden in Nalapaan 13 Männer und 5 Frauen, zu Waffenstillstandsbeobachtern ausgebildet (vgl. Hansen 2005b: 2). In dieser Ausbildung wurden ihnen nicht nur die Fähigkeit, Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen und die Menschenrechte zu ermitteln, vermittelt, sondern auch Wege, dem Militär und den Rebellen gegenüberzutreten. In dieser Funktion sind die Mitglieder der Waffenstillstandswacht beim Militär und der Regierung akkreditiert und berichten per Mobiltelefon an die Konfliktparteien, das Waffenstillstandskomitee und seit 2004 auch an die internationalen Überwachungseinheiten unter der Führung von Malaysia (vgl. Rood 2005: 29). Die Wacht beobachten einerseits die Aktivitäten der Kriegsparteien, überwacht die Einhaltung von Menschenrechten und warnt die Bevölkerung bei möglicher Gefahr (vgl. Hansen 2005b: 2), auf der anderen Seite ermittelt sie aber auch im Falle ungeklärter Vorkommnisse. So klärte sie beispielsweise die Explosion in einem Bunker als Unfall und eine Schiesserei als Familienfehde auf, zwei Ereignisse, die ansonsten die Einmischung der Armee und der Rebellen provoziert hätten (vgl. Hansen 2005a). Bezogen

auf Verstöße gegen Waffenstillstandsabkommen nehmen sie eine polizeiähnliche Rolle ein. Allerdings können sie selbst dabei lediglich mit dem Verlust von Ansehen und dem Diskreditieren bei höheren Instanzen drohen. Über tatsächliche Möglichkeiten der Sanktionierung oder Bestrafung verfügen sie nicht.

3.3 Output Legitimation

Akzeptanz der Regeln

- Intern: hohe Akzeptanz durch enge Vernetzung der Mitglieder und Autoritätsgläubigkeit
- Extern: hohe Akzeptanz durch dialogischen Ansatz, internationale Beachtung, Neutralität der Friedenszone

Intern ist die Akzeptanz der Regeln weitestgehend durch die integrative Vision eines gemeinsamen Friedens gegeben. Durch die zunehmende Verbesserung der Lage in der Gemeinde und den direkten Vergleich zu anderen Gebieten, in denen es keine Friedenszone gibt, sehen und spüren die Mitglieder täglich den Erfolg ihrer Friedenszone und sind daher bereit auch einzelne kleine Einschränkungen hinzunehmen und zu akzeptieren. Dies führt zu einer relativ umfassenden Anerkennung der Instanzen und Regeln. Durch die enge Vernetzung der einzelnen Familien, den damit einhergehenden unmittelbaren und sehr persönlichen Kontrollinstanzen ist das Ausscheren Einzelner aus dem Projekt relativ unwahrscheinlich. Auf Grund der kollektivistischen Kultur vor Ort sind solch individualistischen Tendenzen verpönt. Hinzu kommt der sehr starke Einfluss von Autoritäten (sowohl institutioneller als auch persönlicher) deren Entscheidungen in der Regel nicht in Frage gestellt werden und deren Wort absolute Gültigkeit besitzt. Sind diese, wie im Falle der Friedenszone grundsätzlich gleicher Meinung, so erhöht das die Regelbefolgung weiter.

Durch die Einbettung der externen Konfliktparteien zu Beginn (Verhandlungen, Deklaration) und das wachsende Ansehen der Friedenszone auch international, halten diese sich weitestgehend an ihr Versprechen auf dem Gebiet von Nalapaan keine Kampfhandlungen durchzuführen. Hinzu kommt, dass die Friedenszone an sich auf Grund ihrer begrenzten zeitlichen und territorialen Ausdehnung kaum Einfluß auf nationale Prozesse, Strategien und Entscheidungen hat. Dies ist aber nur so lange der Fall, wie die Friedenszone selbst sich neutral und friedlich verhält.

4 Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es der Friedenszone weitestgehend gelingt funktionierende und gewaltfreie Strukturen der Gemeindeorganisation zu etablieren. Dabei profitiert sie bei der Legitimitätsgenerierung stark von ihrer begrenzten territorialen und personellen Ausdehnung sowie der fest verankerten kollektivistischen Ausrichtung der Individuen. Durch die Überschaubarkeit der Akteure und Regelungsadressaten ist eine hohe Repräsentativität und Transparenz mit relativ einfachen Mitteln möglich. Hinzu kommt, dass die Integration der Akteure in der zunehmend enger vernetzten Gemeinde nicht nur eine politische, sondern auch eine persönliche Rechtfertigung einzelner Entscheidungen nach sich zieht, was einen Missbrauch der Strukturen stark erschwert und im Aufdeckungsfall weitreichende, weil eben auch persönliche Konsequenzen nach sich zieht.

Insbesondere zu Beginn wurde die Arbeit der Friedenszone und der Aufbau ihrer Strukturen dadurch erleichtert, dass sich alle ihre Mitglieder zuvor in einer katastrophalen und existenzbedrohlichen Lage befanden, jede Aktivität der Friedenszone also zu einer Besserung ihrer Lage beitrug. Auf der Basis der gemeinsam erfahrenen Leides während des Krieges und dem gemeinsamen Wunsch einer Rückkehr nach Hause ließ sich relativ einfach ein integratives Konzept entwickeln und so die Grundlage legen für den Aufbau von Strukturen, die eben auch dann Gültigkeit entfalten können, wenn konträre Meinungen vorhanden sind. Eventuell ist durch die hohe Konsensorientierung aller Entscheidungen und Prozesse ein Effektivitätsverlust an mancher Stelle unumgänglich. Dennoch ist diese aber notwendig, da die Gemeinde nicht wirklich auf andere Sanktionsmittel als dem Entzug von Anerkennung oder der Ausgrenzung aus dem Projekt zurückgreifen kann. Hinzu kommt, dass gerade dieser dialogische Ansatz eines der Grundelemente des Manifestes darstellt.

Eine zentrale Herausforderung für das Konzept ist aber nach wie vor seine Skalierbarkeit, in diesem Fall die Einflussnahme auf nationale Prozesse und Strukturen. Bisher integriert sich die Friedenszone, wo nötig in bereits bestehende (und weitestgehend schlecht funktionierende) regionale und nationale Instanzen, beziehungsweise übernimmt deren Aufgaben, wo diese nicht in der Lage sind sie selbst zu erfüllen. Dies ist allerdings keine dauerhafte Lösung und das Konzept der Friedenszone wird sich letztendlich daran messen lassen müssen, inwieweit es dazu beiträgt sein selbst gesetztes Ziel „we pray for genuine peace to rule our land“ zu erreichen. Dazu müssen Wege geschaffen werden weiteren Einfluss auf nationale Prozesse zu nehmen und die entwickelten lokalen Strukturen auf übergeordneten Ebenen so zu replizieren, dass auch Legitimität erreicht werden kann, wo die unmittelbare Überschaubarkeit der Regelungsadressaten nicht gegeben ist. Dann verändert

sich zwar der Charakter der Initiative weg von einer rein privat-zivilgesellschaftlichen hin zu einer zumindest partiell national-governementalen, aber wahrscheinlich kann nur dies dem holistischen Ansatz der Friedenszone gerecht werden.

5 Quellen

- Catholic Relief Services (2003): Reflections on Creating and Sustaining Zones of Peace: Lessons from Mindanao, Philippines. Davao City.
- Catholic Relief Services (2005): Building Peace, Justice and Reconciliation through Empowerment of Grassroots Mindanaoans: An Analysis of CRS' Peace and Reconciliation Program in Mindanao. CRS. Davao.
- Confesor, N. R. (2005): The Philippines: In Search of a "Transformed" Society - Building Peaceful Relations - by, for, and with People.
<http://www.un.org/esa/socdev/egm/paper/Nieves%20Confesor.pdf> (15.10.2006).
- Dictaan-Bang-oa, E. (2005): The Question of Peace in Mindanao, Southern Philippines. Tebtebba, Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education. Baguio City.
- DuFort, K. (2004): Sanctuaries Amid War: Priest helps create "Spaces for Peace" in battlescared region. Catholic Anchor (online). Online im Internet:
<http://www.catholicanchor.org/archive12-17-04.html> (28.02.2007).
- Galtung, J. (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg.
- Garcia, E. (2004 of Conference): Building Zones of Peace in Situations of Armed Conflict. 45th Annual Conference of the International Studies Association, Montreal, Quebec.
- Gaston Z. Ortigas Peace Institute (1995): Peace Zones Primer. Ateneo de Manila University. Manila.
- Habermas, J. (1976): Legitimationsprobleme im modernen Staat. In: Habermas, J. (hrsg.): Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt/Main, S. 271-303.
- Hancock, L. und Mitchell, C., Eds. (2007): Zones of Peace. Bloomfield.
- Kreuzer, P. (2003): Die Rebellion der Muslime im Süden der Philippinen, HSKF-Report Nr. 7/2003. Frankfurt/M.
- Ladwig, B., Jugov, T., et al. (2007): Governance, Normativität und begrenzte Staatlichkeit. DFG Sonderforschungsbereich 700, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 4. Berlin.
- Layson, R. (2003): Space for Peace: A Nalapaan Experience in Grassroots Peace-building. Looking at Conflict in the Eye for Local Resource Partners of the Philippine-Canada Local Development Support Program. Davao City.
- Layson, R. (2004): A case study on Mediation and Reconciliation. per e-mail an die Autorin.
- Layson, R. (2005a): Responses and Approaches to Healing, Rehabilitation and Development: Socio-cultural and Peace-building Approaches. per email an Autorin,
- Layson, R. (2005b): Spaces for Peace: Pikit Experience in Grassroots Peacebuilding. Conference on Peace Policy Dialogue on Peacekeeping Initiatives in the Philippines. Manila.
- Lee, Z. E. (2006): Peace Zones in Mindanao - unveröffentlichtes Manuskript. per e-mail an die Autorin
- Margallo, S. (2005): Addressing Gender in Conflict and Post-Conflict Situation in the Philippines. per e-mail an die Autorin

- Mayntz, R. (2004): Governance im modernen Staat. In: Bentz, A. (hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 66-75.
- Mindanao Peacebuilding Institute (2006): Mindanao Peacebuilding Institute and Grassroots Peace Learning Center. cpn.nd.edu/leguro_handout.doc (25.09.2006).
- Rood, S. (2005): Forging Sustainable Peace in Mindanao: The Role of Civil Society. Center, E. W. Washington. <http://www.eastwestcenter.org/stored/pdfs/PS017.pdf> (15.08.2006).
- Santos, S. M. (2005): Philippine Peace Zones Policy Study. Foundation, Gaston Z. Ortigas Peace Institute. Quezon City, Manuskript per email an die Autorin.
- Take, I. (2007): Legitimes Regieren jenseits des Nationalstaates im Vergleich. Die globalen Bemühungen zur Beseitigung der Kinderarbeit. "Internationale Organisationen" DVPW Sektionstagung Internationale Politik. Darmstadt.
- World Bank (2004): Social Assessment of Conflict-Affected Areas in Mindanao. World Bank. Manila/ Washington D.C.